



VAdM-Kurier

35. Ausgabe: Juni 2022

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur

35. Ausgabe unseres

„VAdM-Kuriers“

im Juni 2022

Inhalt:

editorial	Seite 1
Stalinismus als eigenständiges Thema in Lehrplan	Seite 2
In eigener Sache	Seite 2
Ukraine und Moldau erhalten den EU-Beitrittskandidatenstatus	Seite 3
Die Schlangeninsel: Zankapfel im Schwarzen Meer	Seite 4
<i>Schwerpunktthema: Ukraine</i>	Seite 6
Die Lösung der Ukraine-Krise liegt in Verhandlungen	Seite 6
Polnische Ansprüche auf Königsberg	Seite 9
Die Büchse der Pandora	Seite 9
Stepan Bandera: umstrittener ukrainischer Nationalist und Kämpfer gegen Sowjetisierung	Seite 11
Neues aus dem Osten	Seite 12
Die Reichgründung: Der deutsch-dänische Krieg (Teil 11)	Seite 14
Die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen in den Warthegau (Teil 2)	Seite 16
Reiseziele/Impressum	Seite 18

Ernst Moritz Arndt

Die Sternlein

Und die Sonne machte den weiten Ritt
Um die Welt,
Und die Sternlein sprachen: »Wir reisen mit
Um die Welt«;
Und die Sonne, sie schalt sie: »Ihr bleibt zu Haus!
Denn ich brenn euch die goldnen Äuglein aus
Bei dem feurigen Ritt um die Welt.«

Und die Sternlein gingen zum lieben Mond
In der Nacht,
Und sie sprachen: »Du, der auf Wolken thront
In der Nacht,
Laß uns wandeln mit dir, denn dein milder Schein,
Er verbrennet uns nimmer die Äugelein.«
Und er nahm sie, Gesellen der Nacht.

Nun willkommen, Sternlein und lieber Mond,
In der Nacht!
Ihr versteht, was still in dem Herzen wohnt
In der Nacht.
Kommt und zündet die himmlischen Lichter an,
Daß ich lustig mit schwärmen und spielen kann
In den freundlichen Spielen der Nacht.

editorial

Am 23. Juni erhielten die Ukraine und die Moldau – vorwiegend auf dem Gebiet des historischen Bessarabiens gelegen – trotz einiger Bedenken mehrerer Mitgliedsländer den EU-Beitrittskandidatenstatus. Österreich, assistiert von Slowenien, das nach wie vor seine serbische und deutsche Minderheit ungleich mit anderen nationalen Minderheiten behandelt, machte sich zum Fürsprecher der seit Jahren wartenden Westbalkanstaaten.

Unterdessen gehen die Kämpfe in der Ukraine unvermindert weiter, und alles deutet auf einen längeren Abnutzungskrieg hin: Verluste an Menschenleben und Material sind vorprogrammiert.

Die europäische Staatengemeinschaft erweist sich weiterhin nicht in der Lage, die Kriegsparteien zu substantiellen Friedensverhandlungen an einen Tisch zu bringen, dabei drängt eine global sich abzeichnende Getreideknappheit zu unverzüglichem Handeln.

Vadim Derksen

Herbert Karl

Der Jäger Abschied

Wer hat dich, du schöner Wald
aufgebaut so hoch da droben?
Wohl dem Meister will ich loben
so lang noch meine Stimm erschallt
Lebe wohl, lebe wohl!
Lebe wohl, lebe wohl, du schöner Wald!
Tief die Welt verworren schallt
oben einsam Rehe grasen
und wir ziehen fort und blasen
dass es tausendfach verhallt
Lebe wohl, lebe wohl!
Lebe wohl, lebe wohl, du schöner Wald!
Was wir still gelobt im Wald
wollens draussen ehrlich halten
ewig bleiben treu die Alten
bis das letzte Lied verhallt
Lebe wohl, schirm dich Gott!
Lebe wohl, schirm dich Gott
du deutscher Wald!

Josef von Eichendorff

Aktualität

+++ Pressemitteilung +++

Joachim Paul und Martin Louis Schmidt (beide AfD): Stalinismus muss eigenständiges und verbindliches Thema im Lehrplan sein

Im Rahmen des Ukraine-Krieges weist die ukrainische Seite immer wieder auf Kontinuitäten russischer Verbrechen in der Ukraine hin. Besonders schrecklich wütete der Stalinismus mit Millionen von Toten. Die AfD-Landtagsabgeordneten Martin Louis Schmidt und Joachim Paul befragten die rheinland-pfälzische Landesregierung jüngst zu „Holodomor im Lehrplan“ (Drs. 18/2848). In der Antwort (Drs. 18/3034) erwähnt die Landesregierung den Stalinismus als Thema im Schulunterricht lediglich im Zusammenhang mit dem „Historikerstreit“.

Dazu Joachim Paul, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz: „Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und früherer monströser Verbrechen – vor allem in der Ukraine in den 1930er Jahren im Rahmen des Holodomor – muss der Stalinismus ein eigenständiges und verbindliches Thema in Geschichte und Sozialkunde sein. Deshalb haben wir einen Antrag mit dem Titel ‚Stalinismus im Lehrplan‘ für die nächste Sitzung des Bildungsausschusses am 25. Mai gestellt. Wir wollen von der Landesregierung wissen, inwiefern der Stalinismus als eigenständiges und verbindliches Thema im Schulunterricht behandelt und dort künftig eine stärkere Berücksichtigung erfahren wird.“

Martin Louis Schmidt, geschichtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, ergänzt: „Aufklärung über den Stalinismus ist auch deshalb dringend erforderlich, weil bei der Einweihungsfeier des Marx-Denkmal in Trier im Mai 2018 ohne öffentliche Empörung Stalin-Fahnen gehisst werden konnten und insbesondere im heutigen Russland eine gefährliche zunehmende Beliebtheit dieses kommunistischen Diktators zu beobachten ist. 2017 wurde der millionenfache Mörder in Russland sogar zum ‚größten russischen Helden aller Zeiten‘ gewählt, und 2019 förderte die Umfrage eines unabhängigen Meinungsforschungszentrums zu Tage, dass in Russland 51 Prozent der Befragten Stalin positiv gegenüberstehen und nur 14 Prozent negative Assoziationen mit ihm verbinden. 41 Prozent der Befragten gaben an, den Diktator sogar zu verehren.“

Joachim Paul ist bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz.

Martin Louis Schmidt ist geschichtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz.

<http://www.afd-rlp-fraktion.de/die-fraktion> (Quelle: AfD RLP)

Mainz, den 05. Mai 2022

In eigener Sache

Herbert Karl

Die alte ehrwürdige katholische Zentrumspartei des Kaiserreichs und der Weimarer Republik ist seit ein paar Wochen mit je einem Mandat im Deutschen Bundestag bzw. im EU-Parlament vertreten: Seit Januar 2022 ist der für die Alternative für Deutschland in den Bundestag eingezogene Uwe Witt Mitglied der „Deutschen Zentrumspartei (Zentrum)“ beigetreten. Am 10. Juni folgte ihm Jörg Meuthen, Europaabgeordneter und ehemalige Bundessprecher der AfD.

Über die Anfänge – das Zentrum behauptet, älteste Partei Deutschlands zu sein, was die SPD für sich beansprucht – und die weitere Geschichte der Partei gibt es umfangreiche Literatur. Fakt ist, das Zentrum und die SPD waren die Pfeiler der Weimarer Republik und Heinrich Brüning der letzte Kanzler, Franz von Papen, der Steigbügelhalter der Nationalsozialisten verließ 1932 die Partei; auch Konrad Adenauer war Mitglied des Zentrums.

Nach der Reichsgründung und während der Weimarer Republik lagen die Hochburgen des Zentrums im Rheinland, Bayern, Hohenlohe, in Schlesien und Teilen Ostpreußens.

In der Aufbruchstimmung nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den eingefleischten Zentrumpolitikern nicht, den Fliehkräften – unter anderen Adenauer im Westen und Jakob Kaiser in der Sowjetischen Besatzungszone – standzuhalten: Mit der Gründung der CDU verlor das Zentrum an diese die meisten Mitglieder. Entsprechend versank die Partei – nach einzelnen Mandaten in den Anfängen der Bundesrepublik – im politischen Nirvana.

Fortsetzung auf S. 3

Fortsetzung von S. 2

Der parteipolitische Stillstand der Kohl-Ära und dessen überstürzte Einführung des Euro hat wieder euroskeptische Strömungen interessant gemacht, so auch das Zentrum, das entsprechend nicht von vehement ausgetragenen *Flügelkämpfen* verschont blieb. Die liberalen Landesverbände Hamburg und NRW lieferten sich Grabenkämpfe mit den eher konservativen Landesverbänden Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt; der Landesverband Bayern war wie immer zerstritten . . .

Als Mitstreiter im Landesvorstand Baden-Württemberg versuchte der Verfasser dieser Zeilen mehrfach die Streitigkeiten zu kitten, aber der Machtkampf wurde zum Schaden der Gesamtpartei von dem langjährigen Bundesvorsitzenden, Gerhard Woitzik, einem gebürtigen Niederschlesier, meist für sich auf gut orchestrierten Parteitag entschieden. Versuche, mit anderen zum Teil christlichen Kleinstparteien zu kooperieren, scheiterten: Der Niedergang wurde Anfang der 2010er Jahre offensichtlich.

Viele Mitglieder des Zentrums landeten dann ab 2013 bei der Alternative für Deutschland. Entsprechend finden sich *programmatische* Parallelen: EU-Skepsis, Asylpolitik, Mittelstandsproblematik, Abschaffung des Wehrdienstes, Unterstützung der Familien, etc.

Jörg Meuthen hat es nicht nur geschafft, sich in Pose zu setzen und der Zentrumspartei zu mehr medialem Effekt zu verhelfen, mediale Wirkung, die der Alternative für Deutschland als einziger realpolitischen Wahlalternative im verkrusteten deutschen Parteiengefüge konsequent verwehrt wird. In den ZDF-Nachrichten (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/joerg-meuthen-afd-zentrumspartei-100.html>) ist zu lesen:

„Seine alte Partei, die in eineinhalb Wochen einen [neuen Bundesvorstand wählt](#), bezeichnete er als »Auslaufmodell«. Viele säßen »auf gepackten Koffern«“

Gerade am Niedergang der Deutschen Zentrumspartei ist es offensichtlich, daß persönliche Machtkämpfe, die unter dem Deckmantel von *Flügelkämpfe* ausgetragen werden, sich parteischädigend auswirken. Die beiden Abtrünnigen werden diesen Erfahrungsschatz des Zentrums sicherlich bereichern.

Die Ukraine und die Republik Moldau erhalten den Status von EU-Beitrittskandidaten

SPIEGEL-Online vom 23. Juni 2022 titelt:

„Historischer EU-Gipfel in Brüssel

Zwei Gewinner, fünf Verlierer

Die Ukraine und Moldau sind jetzt offiziell EU-Beitrittskandidaten. Doch wirklich versprochen hat ihnen die EU nichts – und zugleich den Westbalkan weiter maximal frustriert.“

Offensichtlich dämmert auch den journalistischen Beobachter des EU-Gipfels, daß hier nicht nur mit zweierlei Maß bezüglich dem EU-Beitrittsstatus gemessen wurde, sondern daß diesbezüglich dies zu neuem Ungemach in der EU-Struktur führen könnte.

SPIEGEL weiter:

„Die Spitzen der Europäischen Union konnten sich gar nicht genug loben. Ihr einstimmiger Beschluss, die Ukraine und Moldau zu Beitrittskandidaten für ihre Gemeinschaft zu erheben, sei ein »starkes Signal der Entschlossenheit«, befand EU-Ratspräsident Charles Michel. Von einer »historische Entscheidung« im »Angesicht der russischen Aggression« sprach EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron schwärmte: Die Gemeinschaft habe sich »stark und einig« gezeigt.“

Diese „hehren Worte konnten allerdings kaum darüber hinwegtäuschen, dass die EU nicht viel mehr getan hat, als der Ukraine und Moldau so vage wie irgend möglich einen Beitritt in ferner Zukunft in Aussicht zu stellen.“ – Offensichtlich will man hierdurch den Widerstandswillen des gebeutelten ukrainischen Volkes gegen die Moskowiter weiter befeuern.

Die Verluste an Menschenleben und materiellen Gütern und immateriellen Werten nimmt man in Brüssel nicht in die Rechnung auf, auch wenn zwischenzeitlich von allen europäischen Dächern die Spatzen es zwitschern, daß sich die EU mit der Ukraine ökonomisch und finanziell übernehmen wird.

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Noch verworrener als die prekäre Lage der Ukraine stellt sich die völkerrechtliche Situation der Republik Moldau dar: Das links des Dnjestr liegende und von russischen Truppen besetzte Transnistrien mit der „Hauptstadt“ Tiraspol gehört völkerrechtlich zur Moldauischen Republik. Die erbitterten Kämpfe um Odessa zeigen, daß hier Moskau versucht, einen Korridor vom Schwarzen Meer nach Transnistrien zu öffnen. – Darüber hört man von den Brüsseler Chefdiplomaten kein Wort.

Mit der Verleihung des Beitrittsstatus an die Ukraine und Moldau hat man die schon länger vor der Brüsseler Tür stehenden Westbalkanstaaten bewußt düpiert. Österreich und Slowenien machten sich offensichtlich stark für einen EU-Beitrittsstatus auch für Bosnien-Herzegowina. Es wurde verlautet, daß auch Ungarn, Kroatien und Griechenland sich ähnlich äußerten; Belgien, die Niederlande und die Skandinavier waren hingegen skeptisch.

Schlußendlich erhielten die Moldau und die Ukraine den Beitrittskandidatenstatus *ohne* Vorbedingungen, Bosnien-Herzegowina und Georgien (sic!) wurde dieser unter Vorbehalt einer Reihe *von* Vorbedingungen in Aussicht gestellt . . .

Diese Beschlüsse der EU senden weder nach innen, noch nach außen Friedenssignale.

Herbert Karl

Die Schlangeninsel: Zankapfel im Schwarzen Meer

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine wurde auch der Seekrieg im Schwarzen Meer eröffnet. Durch die Medien, die dem Kampf um Kiew und die Ostukraine wesentlich mehr Aufmerksamkeit widmeten, geriet der Seekrieg zum Nebenkriegsschauplatz, auch wenn es mehrfach Meldungen über seegestützte Raketenangriffe auf Mariupol und Odessa erwähnt wurden.

Erst mit dem Untergang der Moskwa, dem Flaggschiff der Schwarzmeerflotte kam der Seekrieg kurz in die Schlagseiten: Der Raketenkreuzer wurde offenbar von ukrainischen Neptun-Raketen beschädigt und sank nach russischen Angaben in einem Sturm. Offensichtlich haben westliche Geheimdienste bei der Versenkung zumindest Aufklärungshilfe geleistet. Warum bei einem modernen Kreuzer die Raketenabwehr nicht funktionierte, bleibt ein Rätsel . . .

Fakt ist, daß die Moskwa an der Einnahme der Schlangeninsel, der dem Donaudelta vorgelagerten Insel eine bedeutende Rolle spielte. Die Schlangeninsel (altgriech. Leuké, ukr. Ostriw Smijinyi, rum. Insula Șerpilor) ist ein weißer Felsbrocken im nicht sehr inselreichen Schwarzen Meer von strategischer Bedeutung, in der Antike war der von Vögel und Schlangen bewohnte kahle Fels als Navigationshilfe den Griechen durchaus bekannt.

In der Antike hat Leuké, als *Insel der Glücklichen*, im Sagenreich eine nicht unbedeutende Rolle. Es waren die Griechen, die rund um das Schwarze Meer, unter anderem in den plötzlich in die Schlagzeilen geratenen Häfen Odessa, Konstanza (Rumänien) und Mariupol, ihre Seekolonien gründeten. Ob Poseidon den bei Troja gefallenen Achilles aus dem Meer gezogen und seiner Seele auf der Insel einen Ruheplatz gab, ist zwar ein schöner Mythos, aber Spuren des Tempels mit dem Konterfei des Achilles wurden – bis heute – nicht entdeckt.

Die strategische Lage führte dazu, daß die Schlangeninsel militärisches Sperrgebiet war und ist. Der Fürst der Walachei (das heutige Südromänien), Mircea cel Bătrân (der Alte) herrschte ab dem 14. Jahrhundert auch über die Dobrudscha und Bessarabien und damit über das Donaudelta. Durch die osmanischen Eroberungen Anfang des 16. Jahrhunderts wurde das Schwarze Meer zu einem osmanischen Binnenmeer. Durch den russischen Expansionsdruck kam die Schlangeninsel im Zuge des Friedens von Adrianopel mit dem Donaudelta an Rußland.

Wieder an strategischer und ökonomischer Bedeutung gewinnt die Schlangeninsel dadurch, daß Rumänien in unmittelbarer Nähe – verstärkt durch die vermeintliche Öl- und Gasknappheit – die Produktion hochfährt.

Karte: Rot die Ansprüche Rumäniens, blau: die der Ukraine, gelb: Grenze nach dem Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs von 2009.

Quelle: www.2urbietorbi.wordpress.com

Herbert Karl



Schwerpunktthema: Ukraine

Im Ukrainekrieg ist auch nach über hundert Tagen nach dem Beginn der russischen Invasion kein Ende abzusehen. An dieser Stelle setzen wir unsere Streiflichter über diesen Konflikt weiter fort [die Red].

«Die Lösung der Ukraine-Krise liegt allein in Verhandlungen»

«Die europäischen Werte bedeuten: Kompromißbereitschaft zeigen und Frieden schließen»

Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger UNO-Mandatsträger

Zeitgeschehen im Fokus Am diesjährigen World Economic Forum meldete sich das Urgestein der US-amerikanischen Außenpolitik, Henry Kissinger, zu Wort. Wie schätzt er, der sicher keine Taube ist, den Krieg in der Ukraine ein?

Prof. Dr. Alfred de Zayas Als eine Gefahr für die Menschheit, eine Auseinandersetzung, die hätte vermieden werden müssen. Kissinger ist gewiß kein Freund Putins, aber er will auch keine Apokalypse.

Was sagt er zur Außenpolitik seines Landes, die er Jahrzehnte mitgeprägt hat?

Als Realpolitiker war er immer bereit, bestimmte Risiken einzugehen, um die geopolitischen Interessen der Vereinigten Staaten zu fördern, auch dann, wenn dies völkerrechtswidrig war. Er denkt ähnlich wie George F. Kennan, der 1997 geäußert hatte, daß die Osterweiterung der NATO eine unnötige und äußerst gefährliche Sache sei. Seine Einschätzung der Lage ist auch jene von Professor John Mearsheimer (The Great Delusion, Yale University Press, New Haven, 2018.) von der University of Chicago, von Professor Jeffrey Sachs (www.youtube.com/watch?v=e1q11XKMPks) von der Columbia University in New York, und von Jack Matlock (ccisf.org/u-s-ambassadorjack-matlock-todays-crisis-over-ukraine/), dem letzten US-Botschafter in der UdSSR. Kissinger zeigte sich in Davos staatsmännisch. Leider war auch George Soros vertreten, ein Finanzspekulant, der sich anmaßt, überall einen «Regime Change» im Sinne des weltumspannenden Kapitals durchzusetzen. Soros ist ein gefährlicher Mann, ein Überzeugungstäter.

Welche Mechanismen sieht Kissinger hinter diesem Krieg und worin sieht er die Lösung?

Die amerikanische Wirtschaft hat stets Kriege gefördert. Das System stützt sich auf den Umsatz des militärisch-industriellen Komplexes. Die Lösung der Ukraine-Krise liege laut Kissinger allein in Verhandlungen, wobei beide Seiten Konzessionen machen müßten, und die Ukraine das Selbstbestimmungsrecht der russischen Bevölkerung auf der Krim und im Donbas respektieren müsse.

Kissinger war zur Zeit des Vietnam-Kriegs Sicherheitsberater der Regierung Nixon. Warum befürwortet er keinen Krieg gegen Russland?

Kissinger hätte die USA nicht in den Vietnam-Krieg geführt. Präsident Richard Nixon erbte den Krieg von John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, und man mußte den Krieg irgendwie beenden. Die Bombardierungen von Vietnam, Laos und Kambodscha waren eine schreckliche und verheerende Idee, die vollkommen mißlang. Unter den grausamen Folgen leiden bis heute die Bevölkerung und die Umwelt.

Wie schätzen Sie die Folgen des Krieges in der Ukraine auf die Versorgungslage in den Ländern der Dritten Welt ein?

Der «Kollateralschaden» wird ungeheuer sein. Die UNO warnt seit Monaten davor, denn Millionen Menschen werden von Hunger betroffen sein. Der Krieg ist nicht allein schuld. Vor allem erweisen sich die Wirtschaftssanktionen gegen Rußland und Belarus als zerstörerisch. Sie unterbrechen nämlich die Lieferketten und bringen die Globalisierung und die Weltwirtschaft durcheinander. Diese unilateralen Sanktionen verursachen den Tod von Zehntausenden – und müssen als «Verbrechen gegen die Menschheit» im Sinne des Artikels 7 des Statuts von Rom durch den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) verurteilt werden. Dies wird aber kaum geschehen, denn der IStGH wirkt im Dienste des Westens.

Welche Möglichkeiten hätten die USA, sich aus dem Konflikt zurückzuziehen und ernsthaften Verhandlungen eine Chance zu geben?



Prof. Dr. Alfred de Zayas (Bild zvz)

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

Egal, ob ein Republikaner oder ein Demokrat im Weißen Haus sitzt, es regiert der militärisch-industrielle Komplex, und der verdient an den Kriegen. Das «Establishment» will eigentlich Krieg – einen möglichst langen. Die USA werden den Proxy-War «bis zum letzten Ukrainer führen». Und wenn die USA scheitern wie in Vietnam und Afghanistan, suchen sie sich einen anderen Feind, um irgendwo in der Welt Krieg führen zu können. Natürlich werden die Politiker und die Medien behaupten, wir tun es im Namen der Demokratie und der Menschenrechte. Aber das ist reine Propaganda und soll nur von den eigentlichen Beweggründen ablenken.

Es gibt Äußerungen, wonach Rußland die Nachkriegsordnung zerstört habe. Was sagen Sie als Völkerrechtler zu dieser Behauptung?

Genau das Gegenteil ist wahr. Rußland wollte eine friedliche Regelung gemäß der UN-Charta, die im Artikel 2(3) die Verpflichtung zu friedlichen Verhandlungen stipuliert und im Artikel 2(4) nicht nur die Anwendung von Gewalt verbietet – sondern auch das Drohen damit. Wir wissen seit den 1990er Jahren, daß Rußland eine Ost-Erweiterung der NATO ablehnte, weil es diese Ost-Erweiterung als Wortbruch betrachtete und als existentielle Bedrohung empfand. Dies wurde sogar von Jelzin so betrachtet. Putin hat es bestens und in friedlicher Absicht in seiner Rede anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 formuliert (www.youtube.com/watch?v=hQ58Yv6kP44). Er hat den durch die USA und EU unterstützten Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, schwer kritisiert und die Konsequenzen vorausgesagt. Er hat auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 gedrängt. Aber die OSZE hat versagt.

Hat Putin keine Initiative ergriffen?

Doch, er hat bei den «Normandie-Gesprächen» konkrete Vorschläge unterbreitet, dann im Dezember 2021 zwei durchaus moderate Verträge den USA und der NATO zur Diskussion gestellt. Umsonst – denn USA, EU und NATO wollten nur eins: «Regime Change» in Rußland. «Putin muß weg», so hieß es im Weißen Haus. Die Nachkriegsordnung wurde bereits durch die NATO in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen zerstört. Gewiß, aus dem Ukraine-Krieg wird eine neue Weltordnung entstehen – vielleicht im Sinne meiner 25 Principles of International Order im Kapitel 2 meines Buches «Building a Just World Order» (Kapitel 2, «Building a Just World Order» <https://www.claritypress.com/book-author/alfred-de-zayas/>). Die neue Weltordnung wird nicht mehr vom Westen bestimmt. Auch die Chinesen, Inder und Russen werden mitspielen.



Was müßte geschehen, damit in Europa eine tragfähige Friedensordnung entstehen könnte?

Europa muß sich von den USA befreien und seine eigene friedliche Politik entfalten. Als erstes müssen die Europäer akzeptieren, daß auch die Russen ein Recht auf nationale Sicherheit besitzen. Die Europäer sollen aufhören, Waffen an die Ukraine zu liefern. Dann müssen sie die absurden Sanktionen gegen Rußland aufheben. Das werden sie aber kaum tun, denn die Politiker und die Medien bleiben nach wie vor auf Kriegskurs.

Prinzipiell müssen sich die USA und die Europäer an die UN-Charta halten und aufhören, sich in die inneren Angelegenheiten von anderen Staaten einzumischen. Jede «colour revolution» bedeutet eine Verletzung der Uno-Charta. Aber eine solche geistige Neuorientierung ist noch nicht in Sicht.

Fortsetzung auf S. 7

Fortsetzung von S. 6

Das ist doch sehr interessant, denn wenn es um die Ukraine geht, betonen europäische Politiker gebetsmühlenartig die westlichen Werte, die durch Rußland verletzt sein sollen. Wenn wir hören, wie Sie das einschätzen, ist das diametral entgegengesetzt zu dem, was in unseren Medien zu lesen ist. Wie erklären Sie sich das?

Bei diesem ganzen Vorgang handelt es sich um die sprichwörtliche Doppelmoral, denn die Europäer selbst haben etliche Aggressionen überall in der Welt begangen und dabei die UN-Charta etliche Male verletzt. Wo waren die europäischen Werte bei den kriegerischen Interventionen der USA und europäischer NATO-Mitglieder in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Somalia, Mali, bei den Kurden...? – Die Liste ist unendlich lang. Und wieso unterstützen die Europäer immer noch die Apartheidspolitik der Israelis gegenüber den Palästinensern, die Zerstörung der Infrastruktur in Palästina und Gaza, den Völkermord durch die Saudis in Jemen, die Aggressionen und Greuelthaten der Türken an den Zyprioten seit 1974, die Verbrechen Aserbaidschans gegen die Armenier von Nagorno-Karabach im Blitzkrieg vom September bis November 2020? Wo waren diese Werte im Jahre 2003 zur Zeit des «Shock and Awe»-Überfalls gegen Saddam Hussein? Das war eine durch nichts zu rechtfertigende Gewaltanwendung, eine Vergewaltigung aller Werte! Aber die Europäer rollten für George W. Bush den roten Teppich aus, als er kaum zwei Monate nach der verbrecherischen Aggression zum großen G 8-Gipfel nach Evian reiste (www.project-syndicate.org/commentary/securing-the-future-at-the-evian-summit-2003-05 www.upi.com/Defense-News/2003/06/03/Leaders-wrap-up-Evian-summit/94781054648518/).

Aber nur Rußland wird verurteilt . . .

Zweifelsohne hat Rußland eine völkerrechtswidrige Aggression begangen. Diese Aggression wurde aber aufgrund der ständigen Bedrohung durch die NATO verursacht. In meinem neuen Buch «Countering Mainstream Narratives» schreibe ich darüber im Kapitel «Precedents of Permissibility» (www.claritypress.com/product/countering-mainstream-narratives-fake-news-fake-law-fake-freedomcountering-the-mainstream-narratives-fake-news-fake-law-fake-freedom/). Putin hat stets friedliche Verhandlungen befürwortet und acht Jahre lang auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gewartet. Die Führung der Ukraine und der Westen haben diese Umsetzung verweigert. Im Dezember 2021 hat Rußland zwei Verträge auf den Tisch gelegt und versucht, mit dem Westen in gutem Glauben zu verhandeln. Der Westen hat jeden Kompromiß, jegliche Vereinbarung über Rußlands Sicherheit abgelehnt. Die «Normandie Gruppe» und die OSZE haben ihre Aufgaben nicht erfüllt. Ohne Frage hätten die OSZE und die EU den Ukrainern klar machen müssen, daß sie mit der Bombardierung des Donbass aufhören müssen. Die OSZE hat sogar diese Angriffe dokumentiert (www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/512683), die im Februar 2022 einen Höhepunkt erreichten.

Nach Ihren Ausführungen fragt man sich schon, warum der Westen die Werte mißbraucht.

Die Europäer glauben an die eigene Propaganda. Sie sind durch die Medien indoktriniert. Aber gewiß haben sie kein Recht, sich auf Werte zu berufen, die sie selbst ständig ignorieren. Eigentlich werden hier die Werte manipuliert bzw. als Waffen gegen den geopolitischen Rivalen instrumentalisiert. Wenn die Europäer – gemeint sind die Brüsseler Bürokraten – tatsächlich Interesse an Werten hätten, müßten sie diese Werte überall anwenden und umsetzen. Aber die westeuropäischen Staaten verletzen eben diese europäischen Werte, wenn sie immer eskalieren und Rußland dämonisieren, weiterhin bedrohen, wenn sie Waffen an die Ukraine liefern, wenn sie Sanktionen gegen Rußland verhängen. Die einzige Umsetzung der europäischen Werte bedeutet: Kompromißbereitschaft zeigen und Frieden schließen.

Welche Völkerrechtsnormen werden hier ständig verletzt?

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein anerkanntes Menschenrecht (Art. 1, 55 Uno-Charta, Art. 1 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte); das Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit sind auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert. Was beobachten wir? Die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der russischen Bevölkerung auf der Krim und im Donbass, Zensur, Sanktionen. Was heißt «europäische Werte» eigentlich? Sind die Russen keine Europäer? Sie spielten eine bedeutende Rolle, Europa von Napoleon zu befreien, und bildeten die «Heilige Allianz» (www.staatsvertraege.de/Frieden1814-15/heiligeallianz1815.htm) nach dem Wiener Kongreß 1815, eine Allianz, die auf christlichen Werten aufbaute. Nicht zu vergessen ihr Engagement für die internationale Akzeptanz der helvetischen Neutralität. Die Russen waren die Initiatoren der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907. Dann kamen die Bolschewisten und ihre Verbrechen. Dann kam Stalin, der immerhin Europa von Hitler befreite. Die Russen sind Europäer, und ihre Werte sind auch europäische Werte. Aber die Europäer haben ihr christliches Erbe verworfen. Die «europäischen Werte» von heute heißen Geld, Macht, «full spectrum dominance».

Hat das russische Kulturschaffen nicht die gesamte europäische Kultur bereichert?

Ja, wir verletzen die europäischen Werte, wenn wir die russische Kultur diffamieren und kulturelle Persönlichkeiten wie Anna Netrebko und Valery Gergiev entlassen.

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S. 7

Tatsächlich durchdringt die russische Kultur die europäische Kultur. Man kann die Literaten Puschkin, Tolstoy, Dostojewski, Turgenjew, Tschewchow, Anna Achmatowa und Michail Lermontov, oder die Komponisten Tschaikowski, Rimski-Korsakow, Mussorgski, Borodin, Chatschaturjan, Glazunov, Scriabin, Strawinsky, Prokofiev, Rachmaninoff, Schostakowitsch aus der europäischen Kultur nicht wegdenken (www.rbth.com/longreads/5-russian-ballets/www.youtube.com/watch?v=anh59_Q212A).

Bisher wurden Kriege aus machtpolitischen oder geostrategischen Interessen sowie um Ressourcen geführt. Seit ein paar Jahren führt man offiziell Krieg für «Werte». Was ist das für eine Argumentation?

Hier geht es absolut nicht um Werte. Es geht nach wie vor um Machtpolitik. Man führt einen Krieg gegen Rußland und mißbraucht dabei die armen Ukrainer, die schamlos in den Tod geschickt werden. Es ist durchaus machiavellistisch. Dabei empfinde ich moralisches Vertigo [Schwindel].

Um welche Werte soll es denn eigentlich gehen, wenn für sie Menschenleben geopfert bzw. Menschen getötet werden?

Der höchste Wert ist das Recht auf Leben, und dieses Recht kann man nur durch Frieden sichern. Um es nochmals zu betonen und dem westlichen Narrativ vom barbarischen Russen zu widersprechen: Die Russen wollten keinen Krieg und haben jahrelang – gemäß Art. 2(3) der UN-Charta – friedlich verhandelt und konkrete Maßnahmen formuliert. Man braucht eine Sicherheitsarchitektur für ganz Europa – und darauf haben Putins Vorschläge hingewirkt.

Alle Staaten, die weiterhin Waffen an die Ukraine liefern, tragen die Verantwortung für den Tod von ukrainischen und russischen Soldaten sowie von Zivilisten. Es ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, die Ukrainer für die geopolitischen Ansprüche der NATO zu opfern. Weitere Waffenlieferungen verlängern das Töten, und die Staaten riskieren eine mögliche Eskalation bis hin zum Atomkrieg. Die Verantwortung liegt deutlich bei der NATO. Die Russen wollten und wollen immer noch verhandeln.

Das Bemühen von Werten, um das Töten anderer Menschen zu rechtfertigen, erinnert an das dunkle Kapitel des Kolonialismus. Sind wir um Jahrhunderte zurückgefallen?

Ja, leider. Hier geht es um brachialen Imperialismus und Neo-Kolonialismus. Aber die Medien lügen und verbreiten eine Geschichte, die die wesentlichen Ursachen des Krieges ignoriert. Es gibt keine Rechtfertigung für die verbrecherische Haltung der NATO, die meines Erachtens als «kriminelle Organisation» im Sinne des Artikels 9 des Statuts des Nürnberger Tribunals bezeichnet werden kann. Tatsächlich hat die NATO schwerwiegendere Verbrechen begangen als jene, die man Putin vorwirft.

Als Menschen der christlich-abendländischen Kultur streben wir nach Werten wie Barmherzigkeit, Ehrlichkeit, Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe, Zuverlässigkeit, Aufrichtigkeit, Bescheidenheit. Wie werden diese Werte verteidigt, wenn schwere Waffen in die Ukraine geliefert werden?

Ja, es ist tatsächlich ein Trauerspiel. Ich traure um die Menschen, die hier aus politischen und strategischen Überlegungen geopfert werden. Unsere Politiker haben moralisch vollkommen versagt. Friedenspolitik heißt Aufrichtigkeit, Brüderlichkeit, Demut, Hilfsbereitschaft, Respekt, Worttreue. Dies sind universelle Werte, nicht nur europäische. Sie beseelen die UN-Charta und ermöglichen die Zusammenarbeit der Völker. Sie sind unerlässlich für die Rechtssicherheit im Rechtsstaat. Die Werte sind echt, unsere Politiker aber verlogen.

Damit entwerten Politiker die Werte. . .

Ja, aber die Werte verlieren sicherlich nicht ihre Bedeutung. Die Politiker aber verlieren ihre Ehre. Ja, leider instrumentalisieren manche europäische Politiker die sogenannten «europäischen Werte», um andere Länder und Politiker zu dämonisieren. Dieser Mißbrauch von Begriffen zerstört die Sprache und dabei unsere Glaubwürdigkeit. Orwell hat die epistemologische Unterminierung «Newspeak» genannt: «War is Peace, Freedom is Slavery» etc. Eigentlich ist es schlimmer, was manche europäische Politiker betreiben, denn es geht um ein Sakrileg gegen den christlichen Glauben und gegen christliche Werte, die das Fundament unserer europäischen Zivilisation bilden. Wir konstatieren eine Umwandlung, eine Metamorphose der Begriffe, die auch von den Medien eifrig betrieben wird. Dies ist besonders gefährlich, weil wir uns dadurch in den dritten Weltkrieg manövrieren können.

Was macht die NATO?

Sie betreibt eine herzlose Politik. Ein Wort von der NATO und von der Ukraine wäre im Dezember 2021 und Januar/Februar 2022 dringend notwendig gewesen: Neutralität. Man hätte die ganze Misere vermeiden können, wenn die NATO Rußlands moderate Vorschläge aufrichtig diskutiert hätte. Ein Kompromiß war immer möglich. Aber die NATO wollte diesen Krieg.

Nach Ihren klaren Ausführungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein massiver Mißbrauch dieser Werte für machtpolitische Interessen stattfindet.

Gewiß – und dies unter Mittäterschaft der Medien. Man hat die Sprache korrumpiert, die Werte in Gegenwerte umgewandelt. Es wirkt durch und durch orwellistisch.

Herr Professor de Zayas, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

8. Juni 2022:

<https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-10-vom-8-juni-2022.html>

Polnische Ansprüche auf Königsberg

von Thomas W. Wyrwoll

Waren polnische Ansprüche auf den russisch besetzten Teil Ostpreußens bisher eher latent geblieben und wurden nur von Vertretern der zweiten Garde des Staates öffentlich verfochten, hat sich dies im laufenden Jahr spürbar geändert: Mit General Waldemar Skrzypczak, einem ehemaligen Oberbefehlshaber des polnischen Heeres, äußerte sich erstmals ein führender Vertreter des Landes unverblümt in diesem Sinne. Im Fernsehkanal „Super Express“ ließ der jetzige Berater des Verteidigungsministeriums in Warschau vernehmen, daß Rußland Nord-Ostpreußen 1945 lediglich „okkupiert“ hätte, aber kein historisches Recht an ihm besäße.

Früher habe das Territorium „zu Preußen und zu Polen“ gehört, weshalb sich die polnische Regierung um seine „Wiedereingliederung“ kümmern müsse – denn dazu besäße sie ein „historisches Recht“. In direkter Übersetzung klingen diese Aussagen in ihren Kernsätzen wie folgt: „Jetzt würde es sich lohnen, danach zu fragen, so wie wir es früher mit den Wiedergewonnenen Gebieten (d. h. dem von Polen annektierten Ostdeutschland; T. W.) gemacht haben. Es könnte sich lohnen, nach diesem Kaliningrader Gebiet zu fragen, das meiner Meinung nach zum Hoheitsbereich Polens gehört. Wir haben das Recht, einen Anspruch auf das Gebiet zu haben, das Rußland besetzt hält.“

Marek Jurek, Kommentator der polnischen Zeitung „Do Rzeczy“, die zuvor ausführlich über den Auftritt des Generals berichtet hatte, hielt daraufhin „Die Königsberg-Frage erneut (für) offen“. Der selbst 1956 im polnisch annektierten Stettin geborene Skrzypczak, der im Laufe seiner aktiven Dienstzeit vor allem Kommandoposten in den früheren deutschen Ostgebieten innehielt, ist in seiner tatsachenverdrehenden Geschichtsignoranz ein durchaus typischer Vertreter der polnischen Führungsschicht. Mehr als andere fiel er allerdings schon früh nicht nur durch seinen penetranten Hang zu medialer Selbstdarstellung, sondern auch durch eine ausgeprägt Neigung zur Korruption auf, durch die er unter anderem einen Posten als Stellvertreter der Verteidigungsminister sowie eine Führungsposition im Armeemuseum für Wehrtechnik nach jeweils kurzer Zeit räumen mußte. Ob sich solch eine Person wirklich als politischer Ratgeber eignet?

Die Büchse der Pandora

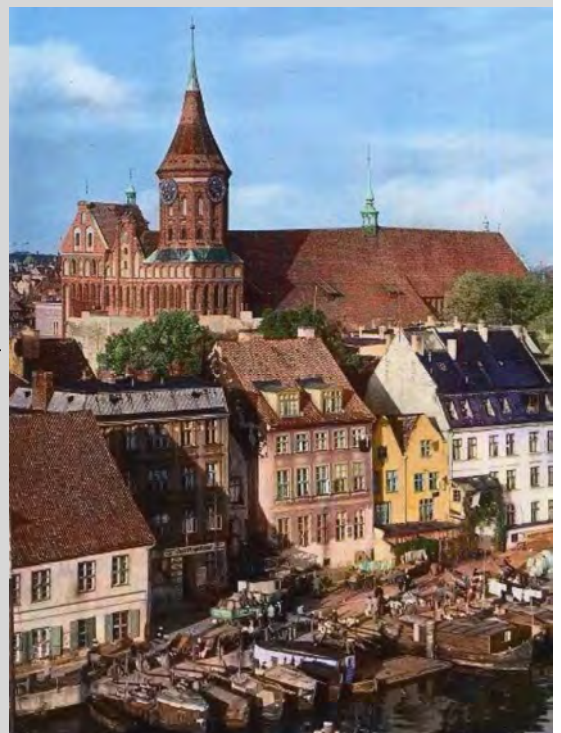
Im goldenen Zeitalter lebten die Götter in einer unbeschwerten Zeit. Doch irgendwann wurde es Gottvater Zeus langweilig. Er wies Prometheus an, aus Lehm Menschen zu erschaffen – zunächst allerdings nur Männer, denn Zeus hatte von der Streitsucht der Göttinnen genug und befahl Prometheus daher, nur eingeschlechtliche Wesen zu formen. Prometheus kam dem Befehl nach, merkte aber bald, daß den Menschen (den Männern) etwas fehlte – nein, keine Frauen. Das Feuer war es, glühendes, loderndes Feuer, das es ihnen erlauben würde, zu kochen, zu braten, zu grillen, zu schmelzen, zu schmieden und zu rüsten. Prometheus stahl deshalb im Olymp das Feuer, um es an die Menschen weiterzugeben. Doch dies war nicht in Zeus' Sinne. Er wurde so zornig, daß er Prometheus schrecklich bestrafte – er ließ ihn an einen Felsen im Kaukasus anketten, wo Prometheus tagtäglich von einem Adler heimgesucht wurde, der ihm seine sich stetig erneuernde Leber aus dem Leib hackte und auffraß.

Doch auch die Menschen (Männer) sollten bestraft werden. Zeus beauftragte seinen Sohn Hephaistos, den Schmied, aus Lehm eine Frau zu schaffen. Hephaistos nahm sich die schönsten Göttinnen als Vorbild und formte ein Mädchen von so großer Schönheit, daß Aphrodite – die Göttin der Liebe – ihr Leben und sämtliche Formen der Liebe einhauchte. Auch die anderen Götter statteten das Mädchen mit vielerlei Vorzügen und Fertigkeiten aus. Athene brachte ihr Fertigkeiten wie Sticken und Weben bei. Hera schenkte ihr Gelassenheit und Selbstbeherrschung. Hermes schulte sie in Rhetorik, aber auch in den Künsten der Täuschung. Und er gab ihr einen Namen. Weil jeder der Götter dem Mädchen etwas geschenkt hatte, sollte sie die „All begabte“ heißen – auf Griechisch *Pandora*. Hephaistos fertigte zuletzt ein Behältnis (die „Büchse“), in dem alle Übel der Welt eingeschlossen waren. Zeus selbst überreichte sie Pandora mit dem Hinweis, diese Büchse niemals zu öffnen. Er kannte die Frauen . . .

Sodann geleitete Hermes Pandora auf die Erde und stellte sie Prometheus' Bruder Epimetheus vor. Der Name „Prometheus“ bedeutet übrigens Weitsicht, Epimetheus hingegen so viel wie „das Nachsehen haben“.

Bild rechts: Königsberg: Häuserzeile am Neunen Pregel, Preussen-Kurier 1/2022 (pinterest)

Fortsetzung auf S. 10



Fortsetzung von S. 9

Epimetheus nahm die schöne Pandora zu seiner Frau. Sie waren sehr ineinander verliebt. Pandoras Schönheit begeisterte Epimetheus Tag für Tag aufs Neue und er gab ihr im Gegenzug das Gefühl, nur im Augenblick zu leben und sich, um nichts sorgen zu müssen. So widerstand Pandora lange ihrer Neugier, das Gefäß zu öffnen. Aber sie war schließlich eine Frau – noch dazu die allererste Frau auf dieser Erde –, die Neugier war schließlich stärker und obsiegte. Pandora erbrach das Wachssiegel und plötzlich surrte und sirrte es um ihre Ohren. Grauenhafte Kreaturen wirbelten heraus und verteilen sich wie ein Heuschreckenschwarm in der Luft, über das Land und rund um die Welt. Es waren dunkle und böse Wesen, die sich auf der Erde verbreiteten: Zwietracht – *Eris*, Mühsal – *Ponos*, Hunger – *Limos*, Schmerz – *Algea*, Gesetzlosigkeit – *Dysnomia*, Lüge – *Pseudea*, Neid – *Neikea* und viele andere mehr. Pandora nahm all ihre Kraft und ihren ganzen Mut zusammen, um die Amphore wieder zu verschließen. Doch Alter, Krankheiten, Tod, Lüge, Krieg und Verrat waren schon entwichen. Sie breiteten sich aus und verließen die Erde nie wieder. Einzig die Hoffnung – *Elpis* – blieb in dem Gefäß zurück.

Aus diesem Mythos entstand die Redewendung „Die Büchse der Pandora öffnen“. Damit will man ausdrücken, daß jemand ein nicht wiedergutzumachendes Unheil anrichtet.

Und damit endet der griechische Mythos.

Joschka Fischer schrieb bereits 2014 in seinem Buch „Scheitert Europa?“ recht klarsichtig: „Mit seiner Okkupation der Krim und seinem Griff nach dem Osten und Süden der Ukraine unter dem Namen „Neues Rußland“ hat Putin eines der grundlegendsten Prinzipien der europäischen Staatenordnung nach dem Kalten Krieg aufgekündigt – keine gewaltsame Änderung von Grenzen – und so einen Umsturz dieser Ordnung eingeleitet, der nicht mit der Krim sein Bewenden haben wird. Die Botschaft Rußlands ist von lupenreiner Klarheit: Russische Großmachtinteressen und die Ausdehnung der russischen Einflußzone stehen über der Unverletzlichkeit der Grenzen und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in seiner Nachbarschaft . . . Wladimir Putin würde (so) eine Büchse der Pandora öffnen, weil dann die Machtpolitik des 19. Jahrhunderts auch wieder nach Europa zurückkehren würde mit all ihren desintegrativen, ja konfrontativen Folgen.“

Weshalb Joschka Fischer an dieser Stelle (nur) vom 19. Jahrhundert spricht, ist mir allerdings ein Rätsel. Als bekennender Ostpreuße muß ich sagen, daß die Machtpolitik des 20. Jahrhunderts Deutschland und den Deutschen weit mehr geschadet hat als allen anderen Nationen in Europa. Unter Historikern ist mittlerweile unstrittig, daß Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich in den Ersten Weltkrieg nicht mit einem höheren Schuldanteil hineingeschlittert sind als andere Nationen. Dennoch wurden nur diese beiden Nationen zerrissen, zerstückelt und finanziell ausgeblutet. Soweit es den Zweiten Weltkrieg angeht, gibt es durchaus Historiker, die auch hier „viele Väter“ am Werk sehen. Wer weiß, welche Erkenntnisse spätere Generationen erwarten, wenn dereinst alle Archive geöffnet werden? Gewiß ist jedenfalls, daß die Vertreibungen und die Enteignungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs völkerrechtswidrig waren und sind (!), denn das Völkerrecht kennt keine Verjährung.

Als am 4. Juli 1946 aus Königsberg Kaliningrad wurde und Stalins Kriegsbeute den Namen des im Juni 1946 verstorbenen Staatsoberhauptes der UdSSR, Michail Iwanowitsch Kalinin, erhielt, konnte noch niemand ahnen, daß die UdSSR das 20. Jahrhundert nicht überleben wird. Doch „nicht zuletzt in Deutschland wird der von der Sowjetunion annektierte Teil Ostpreußens völlig aus dem Bewußtsein verdrängt. Königsberg ist von der Landkarte verschwunden – und Kaliningrad liegt ... jenseits des Horizonts, um nicht zu sagen, auf einem anderen Stern.“ (Henning von Löwis, Deutschlandfunk, am 29. Juni 2005).

Nicht so für mich und für alle aufrechten Ostpreußen. Weil auch Wladimir Putin das Königsberger Gebiet stets und immer als Kriegsbeute bezeichnet hat, bin ich dafür, ihm seine Kriegsbeute wieder abzugeben. Nehmen wir an, die Ukraine obsiegt gegen Rußland. Nehmen wir weiter an, die Ukraine kann die Krim sowie die Gebiete Luhansk und Donezk zurückerobern. Weshalb sollte Deutschland zurückstehen? In der Büchse der Pandora, die von Wladimir Putin geöffnet wurde, ist die Hoffnung – *Elpis* – verblieben. Übrigens auch die Hoffnung auf eine Unterstützung dann durch die Ukraine; sie ist Deutschland verpflichtet.

Litauen und Polen haben bereits Ansprüche auf das Königsberger Gebiet erhoben. Diese Forderungen sind durch nichts gerechtfertigt. Königsberg ist eine Gründung des Deutschen Ordens (1255) und war und ist und wird immer sein: deutsch.

Eine zweite Chance – wie 1991, als Deutschland das Königsberger Gebiet von der untergehenden Sowjetunion für nur 40 Millionen DM hätte kaufen können, dies aber von Hans-Dietrich Genscher verhindert wurde – darf nicht ungenutzt verstreichen.

Und damit ich nicht mißverstanden werde: Am Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa halte ich selbstverständlich fest. Ich erhebe keine Ansprüche auf früher deutsches und heute französisches oder belgisches, dänisches oder polnisches, litauisches oder tschechisches Territorium. Dies gilt gleichermaßen für alle Ostpreußen und alle anderen Heimatvertriebenen, die ich kenne. Aber wer die Büchse der Pandora öffnet, weiß, daß sich die Geister auch gegen ihn richten können. Und auf das Königsberger Gebiet haben die Ostpreußen, die Deutschen und hat Deutschland jeden denkbaren Anspruch.

Wilhelm Kreuer

Stepan Bandera, der umstrittene ukrainische Nationalist und Kämpfer gegen die Sowjetisierung der Ukraine

Eine der schillerndsten und umstrittensten Persönlichkeiten der Ukraine war der Politiker und Partisanenführer Stepan Bandera. Sein Name fiel mehrfach auch in der Rechtfertigungsrhetorik Waldimir Putin für seinen Eroberungsfeldzug in die Ukraine Kurz vor Beginn des Ukrainekrieges, am 19. Februar 2022 erschien ein Artikel „Stepan Bandera und die gespaltene Erinnerung an die Gewalt in der Ukraine,“ darin schrieb [Grzegorz Rossoliński-Liebe](#):

„Der Kampf in der Westukraine zwischen der UPA und dem NKWD wurde äußerst brutal geführt und dauerte jahrelang. Noch zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spürte der NKWD die letzten ukrainischen Partisanen auf. Um OUN und UPA endgültig aufzulösen, deportierte der NKWD ihre Familien ins Innere der Sowjetunion und verhaftete und ermordete eine große Anzahl von Unterstützern der Bewegung. Nach sowjetischen Angaben wurden in der Westukraine unter anderem wegen des Verdachts einer Zusammenarbeit mit der OUN-UPA 153.000 Personen ermordet, 134.000 verhaftet und 203.000 deportiert. Ukrainische Nationalisten ermordeten bis 1953 20.000 Zivilisten und 10.000 NKWD-Mitarbeiter bzw. Angestellte des sowjetischen Verwaltungsapparats. Fast jede Familie in der Westukraine erlitt Verluste in dem äußerst brutalen Konflikt, den Bandera aus München unterstützte und politisch für sich nutzte.“ (https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/stepan-bandera-und-die-gespaltene-erinnerung-an-die-gewalt-in-der-ukraine?nav_id=10282)

UPA steht in diesem Zusammenhang für *Ukrainische Aufstandsarmee*, diese wurde auch *Ukrainische Aufständische Armee* bezeichnet und war als Partisanenarmee der militärische Arm der OUN, der *Organisation Ukrainischer Nationalisten*, einer ihrer Ableger war die OUN – B, deren Bandera-Fraktion. Die UPA wurde 1942 gegründet und war als Partisanenarmee bis Ende der 1950er in der Ukraine gegen die Sowjetmacht aktiv; ihr erbitterter Gegner war der NKWD, der sowjetische Geheimdienst aus dem 1954 der berüchtigte KGB hervorging.

Als ehemaligem KGB-Offizier war Wladimir Putin der Name Stepan Bandera und dessen antisowjetische Gesinnung sicherlich ein Begriff, denn dieser war einer der bedeutendsten Kämpfer für eine Unabhängigkeit der Ukraine nicht nur gegen die damalige Sowjetunion, sondern auch gegen die politische Gängelung durch das Dritte Reich und Polen.

Andrij Melnyk, der immer forsch auftretende ukrainische Botschafter in Berlin, soll Stepan Bandera als „Helden“ bezeichnet haben. ([Grzegorz Rossoliński-Liebe](#): Umstrittener ukrainischer Nationalist Bandera. Als Volksheld verehrt, als Schurke geschmäht. In: [Der Spiegel](#) online vom 26. April 2022).

Der Guerillakrieg in der Ukraine stand mit nichts dem äußerst erbitterten Partisanenkrieg im Jugoslawien des Zweiten Weltkriegs nach:

„Banderas Kämpfer verübten Massaker an den polnischen Bewohnern der Westukraine, in Ostgalizien und im nordöstlich angrenzenden Wolhynien. 1943/44 metzelten sie bis zu 100.000 Zivilisten nieder. Teilweise wandten sie sich nun auch mit Waffen gegen die vormals verbündeten Deutschen. Seit Kriegsende konzentrierten sie sich auf den Widerstand gegen die Sowjetherrschaft. Ihre faschistischen Verbrechen kehrten sie unter den Tisch.

Nach dem Krieg, als Bandera in Westdeutschland lebte, kämpften seine Partisanen bis tief in die 50er-Jahre für eine unabhängige Ukraine. Die sowjetischen Machthaber gingen dagegen mit brutaler Gewalt vor. Das beförderte den Bandera-Kult zu sowjetischer Zeit im Exil sowie in der unabhängigen Ukraine seit 1991. Zu Banderas Grab in München pilgerte auch schon Andrej Melnyk, der Botschafter der Ukraine in Deutschland“ (<https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/stepan-bandera-umstrittenes-symbol-fuer-den-kampf-um-die-ukrainische-unabhaengigkeit-100.html>)

Der bereits zitierte [Grzegorz Rossoliński-Liebe](#) hat eine ausführliche Bandera-Biographie verfaßt, die derzeit bloß in englischer Sprache vorliegt.

Die Problematik der ukrainischen Patrioten ist – wie gesehen – sehr komplex und umfangreich, entsprechend werden wir uns hiermit weiter beschäftigen müssen.

Herbert Karl

Stepan Bandera

The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist

Fascism, Genocide, and Cult



Grzegorz Rossoliński-Liebe

ibidem

Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

„Deutsch oder Polnisch“: Wer betrieb den frühen Bergbau in Schlesien ?

von Thomas W. Wyrwoll

Nach jüngsten polnischen Untersuchungen soll auf dem Gebiet der oberschlesischen Kreise Beuthen und Tarnowitz bereits ab dem 9. Jahrhundert n. Chr. Silber und Blei abgebaut worden sein. Wie das Wissenschaftsministerium in Warschau auf seiner Internetseite „Nauka w Polsce“ vorab mitteilte, habe dies eine am Schlesischen Technikum angesiedelte neugeschaffene interdisziplinäre Arbeitsgruppe namens „Labor für die Untersuchung der Arbeitsbedingungen industrieller Berufe“ gemeinsam mit Kollegen der Schlesischen Universität herausgefunden – nähere Angaben hierzu machte das Ministerium allerdings nicht, ebensowenig wie die Netzseiten der beiden Hochschulen.

Bisher war die älteste den Forschern bekannte Hinweis auf Bergbauaktivitäten in Schlesien eine Bulle von Papst Innozenz II., die aus dem 12. Jahrhundert stammt – und wohl bereits mit deutschen Ein- bzw. „Rück“wanderern in Verbindung zu bringen sein dürfte, ohne daß die Autoren darauf verwiesen hätten. Es scheint freilich implizit durch, daß die bekanntermaßen in historischen Fragen wenig wirklichkeitsfixierte PiS-Regierung mit ihrer Verkündung der neuen Funde den Topos eines vordeutschen „polnischen“ Bergbaus generieren will, der im Gegensatz zur historisch bezeugten mittelalterlichen Förderung von Salz und Metallen auf dem Gebiet Schlesiens wie auch Kleinpolens durch Deutsche (wie z. B. dem bekannten, als „Groß-Salze“ begründeten Salzbergwerk Wieliczka bei Krakau) stehen soll.

Gleichzeitig haben jedoch namhafte Archäologen der Polnischen Akademie der Wissenschaften in gotischen Gräberfeldern Westpreußens zahlreiche Funde ausgesprochen kunstvoller Schmuckstücke gemacht, die aus hochreinem Silber bestehen, das aber nicht aus dem Römischen Reich stammen kann. Da die Geologie Mitteleuropas diesen Rohstoff in hinreichender Menge und Qualität bisher nur aus Schlesien kennt, erscheint es dem Verfasser dieser Notiz naheliegend, schon zur Zeit der germanischen Silingen – und damit lange vor den seitens der Regierung mitgeteilten Vorab-Ergebnissen – einen hochentwickelten schlesischen Silber-Bergbau vorauszusetzen, auch wenn dessen direkte Spuren bisher noch nicht gefunden oder erkannt wurden.

Eine vorurteilsfreie Archäologie vermag in der Tat interessante Antworten auf Fragen gerade hinsichtlich der Frühzeit Schlesiens zu liefern, die allerdings der Warschauer Regierung nicht schmecken dürften. Dies gilt vor allem dann, wenn man bedenkt, daß sich aus den Silingen und ihren germanischen Nachbarn die spätere deutsche Bevölkerung Schlesiens nicht nur aus Gründen der historischen Wahrscheinlichkeit zu zumindest nennenswerten Teilen abgeleitet haben muß, sondern daß es hierfür durchaus konkrete archäologische und anthropologische Nachweise gibt.

Beide Quellengattungen widersprechen übrigens recht deutlich vielen in der schlesienkundlichen Literatur tradierten „historistischen“, d. h. auf ein oft recht dünnes textliches Material fokussierten, gegenüber den nicht selten um Dimensionen aussagekräftigeren nichtschriftlichen Belegen aber wenig aufgeschlossenen Betrachtungen, die zur Zeit als das Maß aller Dinge gelten. Auch die neuen Bergbauspuren, sollten sie sich denn bestätigen, könnten damit auf germanisch-deutsche Bevölkerungen zurückzuführen sein. In jedem Fall verdient nicht zuletzt die frühe Geschichte des Landes an der Oder eine von den üblichen „PiStriotischen“ Verirrungen befreite Revision, zu der auch die deutsche Archäologie ihr Scherflein beizutragen hat.

Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll ist Archäologe und Leiter des Arbeitskreises Ostdeutscher Naturforscher.

Altgermanische Proto-Industrien

von Thomas W. Wyrwoll

Im letzten Jahr hat man in Kleinpolen einen der bisher größten Töpferei-Standorte Europas auf dem Gebiet des sog. „Barbaricums“ entdeckt. Laut einer Vorab-Mitteilung des Forschungsministeriums in Warschau umfaßt der Fundkomplex im Gebiet von Wrzępia bei Krakau etwa 130 offene Öfen auf einer Fläche von über fünf Hektar. Die Archäologen Jan Bulas, Magdalena Okońska-Bulas und Marcin M. Przybyła haben mit ihrer Mannschaft bisher zwei von ihnen ergraben und die übrigen magnetometrisch erfasst.

Hergestellt wurde hier ausschließlich ein sehr charakteristischer Typ von Vorratsgefäßen mit einer Höhe von 70 cm bei einer Öffnungsweite von 50 cm mit auffallend verdicktem Halsbereich, den man auf Töpferscheiben geformt hat. Gefäße dieser Art fanden sich bisher fast immer in den Boden eingegraben, wo sie offenbar als eine Art Kühlschränke dienten. Die Öfen zu ihrer Fertigung datieren vom Beginn des dritten bis hinein ins fünfte Jahrhundert n. Chr., also von der Römischen Kaiserzeit bis in die frühe Völkerwanderungszeit. Damals siedelten hier Vertreter der sog. Przeworsker Kultur, bei denen es sich um Angehörige des für die Frühgeschichte Schlesiens prägenden ostgermanischen Stammes der Wandalen handelt.

Die augenscheinlich für effiziente Produktionsverfahren empfänglichen Altostdeutschen besaßen zur gleichen Zeit in Schlesien und Masowien sowie im südpolnischen Heilig-Kreuz-Gebirge bedeutende Zentren der Eisengewinnung, die zu den größten ihrer Art im außerrömischen Europa gehörten. Vermutlich unterhielten sie in Schlesien zudem einen umfangreichen Silberbergbau, wofür nach Ansicht des Verfassers dieser Notiz Funde hochreinen Silbers aus gotischen Gräbern in Westpreußen sprechen, die sich nicht als römischer Import erklären lassen und aus geologischen Gründen eigentlich nur aus Schlesien stammen können.

Ob die durch die Funde der letzten Jahre zunehmend erkennbar werdenden altgermanischen Proto-Industrien lediglich einen regionalen Bedarf befriedigten oder aber, wie unter anderem die erwähnten westpreußischen Funde nahelegen, zugleich dem Export dienten, wollen die polnischen Archäologen nun im Bezug auf die wandalischen Kühlschränke durch weitere Forschungen klären.

Bild: Bruchstück eines wandalischen Kühlschranks vom Fundort Wrzępia bei Krakau (Bild: Projekt Wrzępia)



Meister der Nacht

Zum 200. Todestag von E.T.A. Hoffmann

von Thomas W. Wyrwoll

Am 25. Juni jährt sich zum 200. Mal der Todestag eines großen Sohnes Königsbergs: E.T.A. Hoffmann, ein vielseitig begabter Schriftsteller, Komponist und Karikaturist, dem auch die dunklen Seiten des Menschen nicht unbekannt waren, wurde am 24. Januar 1776 am Pregel geboren. Einer Familientradition folgend, wählte der junge Ostpreuße zunächst den Beruf des Juristen, welchen er mit großem Idealismus und Erfolg ausübte.

Rasch aber folgte er zusätzlich seiner eigentlichen Berufung und entwickelte er sich zum Schöpfer eines ausgesprochen eigenen künstlerischen Universums, das schon zu seinen Lebzeiten trefflich als „Phantastischer Realismus“ oder in jüngerer Zeit auch als „Schwarze Romantik“ bezeichnet wurde. Im Staatsdienst gelangte er über Stationen in Königsberg, Glogau und Berlin im Jahr 1800 nach Posen, wo er noch in seinem Ankunftsjahr erstmals ein eigenes Musikstück zur Aufführung brachte und seine polnische Frau Maria Thekla Michalina kennenlernte.

1802 trugen ihm von ihm verfertigte Karikaturen ob ihres Gebrauchs bei einer Karnevalsfeier eine Strafversetzung ins neuostpreußische Plotzk ein. Zwei Jahre später übersiedelte Hoffmann nach Warschau, wo er sich nach dem Einmarsch Napoleons 1806 gegen eine Unterwerfung unter das neue Regime entschied und das Exil wählte, in dem er sich nun ganz der Kunst widmen wollte. Bald zog es ihn nach Bamberg, an dessen Oper er unter hohen persönlichen Opfern verschiedene Positionen wahrnahm.

Eine nicht ermöglichte Liebe zur jungen Julia Mark, die für Hoffmann zur Vorlage vieler seiner Frauenfiguren werden sollte, veranlaßte ihn schließlich zum Verlassen der Stadt. Nach Stationen in Sachsen ging er 1814 nach Berlin zurück, wo der inzwischen längst als Schriftsteller gefeierte Sohn des Ostens 1816 erneut einen Posten als Kammergerichtsrat erhielt.

Von Amts wegen seit 1819 Mitglied der die reaktionär-polizeistaatlichen Karlsbader Beschlüsse umsetzenden preußischen „Immediats-Untersuchungskommission zur Ermittlung hochverräterischer Verbindungen und anderer gefährlicher Umtriebe“, hatte er gegen die Angehörigen der Studenten- und Turnerbünde zu ermitteln, setzte sich dabei aber für deren Rechte ein. Dadurch legte er sich mit dem nach heutiger neulinker Diktion wohl als „woke“ bezeichneten Polizeidirektor Karl Albert von Kämpf an, der den ostdeutschen Freidenker mit Inbrunst verfolgte.

Noch in seinem letzten Lebensjahr wurde der durch Lähmungen geplagte Hoffmann so zum Ziel staatlicher Ermittlungen, die sich gerade noch bis zu seinem allzu frühen Tod aussetzen ließen. Im staatsfrommen Deutschland gilt der klarsichtig-nonkonforme, ausgeprägt ostdeutsche Königsberger deshalb bis heute vielen als „umstritten“, wurde aber für Künstler von Richard Wagner über die Expressionisten bis hin zum Gegenwartsschriftsteller Uwe Tellkamp, in dessen Werk „Der Turm“ er ausführlich rezipiert wird, zu einem der großen Anreger.

Mehr als in Deutschland ist der Denker freilich seit jeher in Frankreich und vor allem in Rußland populär. Seine Kunst prägte nicht nur das Werk Gogols, Dostojewskijs und Tschairowskijs, sondern diente auch als wesentlicher Hintergrund *des* zentralen russischen Nationalromans des 20. Jahrhunderts: Michail Bulgakows „Der Meister und Margarita“ lehnt sich in vielen Elementen deutlich an das Werk des deutschen Phantasten an. Daß Hoffmann daher in seiner heute russischen Heimatstadt in doppelter Weise verehrt wird, läßt für eine künftige Wiederbelebung des zur Zeit weithin unterdrückten deutsch-russischen Austauschs gerade auch in und über das beide Völker verbindende Brückenland Ostpreußen hoffen.

Bildbeischriften:

1) Mögliches Selbstbildnis E.T.A. Hoffmanns in der Alten Nationalgalerie zu Berlin.

2) Sowjetische Briefmarke zum Erscheinungsjubiläum von Michail Bulgakows „Der Meister und Margarita“ aus dem Jahr 1991: Parallelen zum Oeuvre Hoffmanns sind unübersehbar . . .



Die Reichsgründung 1871:

Der Krieg des Deutschen Bundes gegen Dänemark und die europäischen Großmächte

Teil 11

Im Gegensatz zum Deutschen Bund triumphierte in Großbritannien immer die Realpolitik, wenn Interessen und Prinzipien kollidierten: So wurde die italienische Einigungspolitik eines Cavour und Garibaldi unterstützt, denn ein geeintes Italien konnte die englische Position im Mittelmeer festigen:

„den Einigungsbestrebungen der deutschen Nation stellte es sich 1848 jedoch im entscheidenden Moment entgegen. Allerdings beunruhigte der aggressive expansionistische deutsche Nationalismus Großbritannien nicht zuletzt durch seine Pläne für den Aufbau einer deutschen Flotte. So trug die englische Diplomatie wesentlich dazu bei, daß die Nationalversammlung zu Frankfurt 1848 schließlich einen in ihren Augen unrühmlichen Waffenstillstand mit Dänemark anlässlich des Krieges um Schleswig akzeptieren mußte, dessen Auswirkungen maßgeblich zum Scheitern der deutschen Revolution beitrugen. Und ähnlich versagte man den Ungarn in ihrem Freiheitskampf gegen die Habsburger Monarchie jede Unterstützung“ (Wende, S. 269),

denn die Interessen der britischen *Gleichgewichtspolitik* verlangten ein starkes Österreich, dies hinderte aber die Briten später nicht daran, den ungarischen Freiheitshelden Kossuth im Londoner Exil freundlichst zu behandeln.

Die seit der Revolution immer akuter werdende schleswig-holsteinische Frage wurde auch mit dem Berliner Frieden (2. Juli 1850) nicht gelöst: Preußen schloß diesen nur unter dem Druck der anderen Großmächte Österreich, England und Rußland; hierbei verspielte aber Österreich im Inneren und im Bund viel nationalpolitisches Kapital unter dem offenbar zwingendem Argument des *europäischen Gleichgewichts*; auch die von Dänemark zugesicherte Verfassungsautonomie (28. Januar 1852) konnte nicht die Tatsache mildern, daß ein deutscher Mittelstaat vom Bund im Stich gelassen wurde. – Der Deutsche Bund war gegen die Großmächte machtlos; nur wenn *beide* deutschen Vormächte hinter ihm standen, konnte politisch etwas bewegt werden.

Das schwierige Verhältnis der deutschen Vormächte zeigte sich in der Herangehensweise zur Lösung der Krise: Preußen hätte es nach dem unrühmlichen Ringen des Deutschen Bundes um die norddeutschen Herzogtümer als „einen Verrath an seinen und Deutschlands wichtigsten Interessen“ betrachtet, wenn es in Folge des Krieges „zur Schöpfung eines völlig unabhängigen Mittelstaates“ gekommen wäre; zudem hätte dieser durch seine „geographische Lage“ ihm die „größten Schwierigkeiten bereiten“ können, lag „doch im Besitze der Herzogtümer die ganze maritime Zukunft Deutschlands, war doch die Art und Weise ihrer Constituierung für Preußen geradezu eine Lebensfrage“ schrieb Hermann von Festenberg-Pakisch (S. 402).

In seiner innenpolitischen Auseinandersetzung mit dem Liberalismus – den sich abzeichnenden Verfassungskonflikt vor Augen – blieb Bismarck fast nur noch das Auspielen der *nationalen* Karte übrig: Hierzu lieferte ihm gerade die hochbrisante schleswig-holsteinische Krise einen Grund dazu.

Der dänische König Christian IX., der Nachfolger des unerwartet verstorbenen Friedrichs VII., proklamierte im November 1863 eine „Gesamtverfassung“. Diese schloß Schleswig und Holstein ein, war somit aber auch ein *Verstoß* gegen das Londoner Protokoll von 1852, sie „rief in ganz Deutschland eine Welle nationaler Proteste hervor.“ In der deutschen Öffentlichkeit „entstand eine leidenschaftliche Bewegung“ zu Gunsten der Erbansprüche des Augustenburgers Friedrich VIII.; dieser Bewegung schloß sich auch das ‚dritte‘ Deutschland der Mittelmächte, u.a. auch Baden, an: Die badische Presse – wie die deutsche Presse insgesamt – war von der Leidenschaft dieser Debatte durchdrungen (Mommsen, S. 134).

Diesen Leidenschaften zum Trotz ging Bismarck dennoch sehr *pragmatisch* vor: In Abstimmung mit Österreich schlug er, ohne die Bestimmungen des Londoner Protokolls zu mißachten, ein militärisches Vorgehen, das mehrere Eskalationsstufen enthielt, gegen Dänemark vor. Das preußische Abgeordnetenhaus reagierte und verlangte mit großer Mehrheit eine Resolution, die die Regierung aufforderte, die Schleswig-Holstein-Frage „im Sinne der nationalen Bewegung“ zu lösen und die Ansprüche des Augustenburgers zu unterstützen (Mommsen, S. 135). Der Konflikt um die Einhaltung der Verfassung ging so weit, daß das Abgeordnetenhaus sogar am 22. Januar 1864 eine Staatsanleihe zur Führung des dänischen Krieges verweigerte.

Fortsetzung auf S. 15

Fortsetzung von S. 14

Im sogenannten Verfassungskonflikt kamen Bismarck gleich zwei „außenpolitischen Verwicklungen zupaß, die seiner Politik sehr gefährlich zu werden drohten:“ Neben der schleswig-holsteinischen Krise flammte ebenfalls 1863 der polnische Freiheitskampf wieder auf. Bismarck sicherte, als ehemaliger Gesandter in Rußland mit den Verhältnissen in St. Petersburg vertraut, diesem Hilfestellung zu, damit gelang es ihm auch die „frankophile Fraktion am russischen Hof zu überspielen“ (Angermann, S. 32). Daß er dabei die Liberalen in Preußen und im Bund vor den Kopf stieß, nahm er mutwillig in Kauf.

In der Auseinandersetzung mit der Einbeziehung des Herzogtums Holstein in den dänischen Staatsverband eckte Bismarck auch bei der nationalliberalen Bewegung an, denn er stellte sich ostentativ hinter die Bestimmungen des Londoner Protokolls von 1852 und gegen die Erbansprüche des „Augustenburgers“, Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg aus dem Haus Oldenburg. Bismarck vermied dadurch die Etablierung eines neuen Mittelstaates im Deutschen Bund; dies paßte auch den Souveränen von Österreich, Preußen und Dänemark.

Durch diesen Schachzug vermied Bismarck *eine* ausländischen Intervention, *die* Exekution des Deutschen Bundes und *spannte* Österreich in sein Vorgehen mit ein. Die Bundesexekution war 1863 vom Bundestag formal gegen die Herzogtümer Holstein und Lauenburg, realiter aber gegen Dänemark gerichtet. Diese überspielte Bismarck durch das Auslösen des deutsch-dänischen Krieges.

Wie es dazu kam, wird in der nächsten Folge behandelt. Angesichts des russischen Krieges in der Ukraine fragt man sich auch bei der Betrachtung der schleswig-holsteinischen Frage, hätte eine kriegerische Auseinandersetzung vermieden werden können, wenn ja wie und gibt es Parallelen zum derzeitigen Krieg um die Ostukraine? Wenn die Großmächte bereits 1848 nicht aus *reinem* Machtkalkül für Dänemark gegen den Deutschen Bund Stellung bezogen hätten, *wäre eine Lösung auf dem Verhandlungswege* möglich gewesen.

Insbesondere Großbritannien hat einseitig gegen den Bund Stellung bezogen, nicht minder Rußland und Frankreich, aber auch Dänemark ließ es auf eine Konfrontation ankommen. Um von seinen inneren Schwierigkeiten abzulenken, spielt Premier Boris Johnson außenpolitisch den bellizistischen starken Mann . . .

Literatur

Erich Angermann: Die deutsche Frag 1806 bis 1866, in: Theodor Schieder; Ernst Deuerlein (Hrsg): Reichsgründung 1870/71: Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970.

Hermann von Festenberg-Pakisch: Geschichte des Zollvereins mit besonderer Berücksichtigung der staatlichen Entwicklung Deutschlands, (www.digitalis.uni-koeln.de).

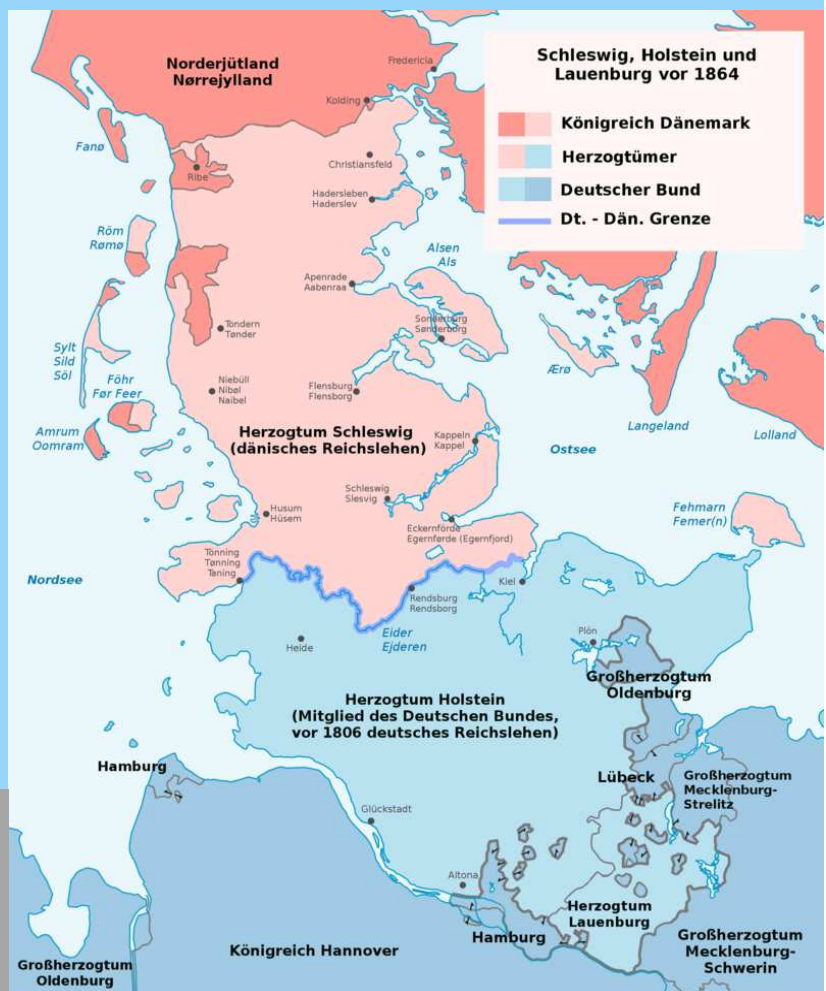
Wolfgang J. Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890, (Propyläen Geschichte Deutschlands, hrsg. von Dieter Groh, u.a. Bd. 7, 1. Teil), Berlin 1993.

Peter Wende: Geschichte Englands, Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz 1985.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Bild: Die norddeutschen Herzogtümer, Wikipedia:
https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-D%C3%A4nischer_Krieg#/media/Datei:Herzogt%C3%BCmer.png



Die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen in den Warthegau

Teil 2

Die Umsiedler aus Bessarabien wurden im ersten Etappenziel in den Donauhäfen Reni und Kilia (heute auf ukrainischem linken Donauseite gelegen) und dem rumänischen Galați versammelt. Mit Donauschiffen wurden sie zu Zwischenlagern in Semlin und Prachowo (im heutigen Serbien) verschifft.

Das nächste Etappenziel war das „Altreich,“ Österreich oder das Sudetenland. Diese Umsiedlung der Bessarabiendeutschen, die im Vergleich zu der Umsiedlung der Wolhynien- und Narevdeutschen nicht bei eisigen Temperaturen auf schlechten Wege stattfand, wurde von der Reichsregierung als „organisatorische Meisterleistung“ propagiert, dabei hatte die Mehrzahl der Umsiedler – wie gesehen – eigene Fuhrwerke verwendet, während „die imposante Kfz-Kolonne der Umsiedlungskommandos im Schlamm steckenblieb.“ Die Reichspropaganda feierte gar diese Aussiedlung als „neuzeitliche Völkerwanderung“ (Schmidt, S. 38). Dies konnte aber die Umsiedler nicht hinwegtäuschen, daß die meisten ein freies Bauernleben mit einem Lagerdasein tauschen mußten.

Die Organisation und Verantwortung für die Umsiedlung „lag bei der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi),“ diese Koordinationsstelle war ursprünglich 1937 von Rudolf Heß geschaffen worden: Nach der Einrichtung eines »Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums« (RKF) wurde sie am 7. Oktober 1939 Himmlers SS angegliedert:

„Jetzt war sie vor allem für die technisch-organisatorische Durchführung der Aussiedlung und für die »Rückführung« der deutschen Volksgruppen aus Ost- und Südosteuropa zuständig. Im Auftrag der RKF beschlagnahmte sie Schulen, Gasthäuser, Theater, Kurhäuser, Barackenlager, Schlösser, Klöster, Kranken- und Waisenhäuser, sowie Heil- und Pflegeanstalten im »Altreich«, in Österreich und im Sudetenland. In rund 800 solcher »Beobachtungs«- bzw. Quarantänelager wurden auch die Deutsche aus Bessarabien untergebracht“ (Schmidt, S. 39)

Vor der Einbürgerung mußten sich die Bessarabiendeutschen „in den Lagern einer »Durchschleusung« durch »Fliegende Kommissionen« der »Einwanderungsstelle (EWZ)« – einer neu gebildeten Institution des »Reichssicherheitshauptamtes« – unterziehen.“ Dies war eine „verschleierte Selektion nach rassistischen Wertungsstufen und erbbiologischen Kategorien.“ Sortiert wurden die Umsiedler in O- und A-Fälle: Erstere wurden für die Ostansiedlung gut befunden, die A-Fälle wurden für das Altreich als billige Arbeitskräfte ausgewählt (Schmidt, S. 39).

Da im Krieg weitere Soldaten benötigt wurden, wurden A-Fälle immer häufiger, denn diese konnten weniger problematisch zum Kriegsdienst eingezogen werden: Ganze Jahrgänge von Bessarabiendeutschen kamen so zur Wehrmacht oder zur SS. Die Einstufung als A-Fall war persönlich ein *sozialer* Absturz: Das Versprechen eines freien Landlebens mit eigenem Bauernhof blieb unerfüllt. Ganz besonders schmerzlich war, daß Familienverbände zerrissen wurden, was zu mehrfachen Protesten führte.

Dennoch blieb Himmlers Wahnvorstellung einer »blonden Provinz« im Osten höchstes Ziel, so daß es letztendlich nur 12 000 A-Fälle (etwa 13%) gab. Abschließend hieß es im EWZ-Bericht: „die Deutschen aus Bessarabien seien als »überwiegend einwandfreies Menschenmaterial« zu bezeichnen“ (Schmidt, S. 39).

Durch diese Unzulänglichkeiten begann das Deutschland-Bild für die Umsiedler, wie das der meisten Vertriebenen und Aussiedler während und nach dem Weltbrand, ins Wanken zu kommen. Die im Reich Angesiedelten wurde oft als »bessere Araber« oder »Balkanesen« bezeichnet.

In den Lagern kamen neben den Freiheitsbeschränkungen, der politischer Indoktrination und der Überwachung die autoritäre Behandlung durch die Lagerführer und das korrupte Personal hinzu. Die Verabreichung minderwertiger Lebensmittel und die oft fehlende Ausbildung der Kinder führte zu weiterem Frust; zusätzlich waren Gottesdienste und kirchliche Feste stark eingeschränkt.

Fortsetzung auf S. 17

Fortsetzung von S. 16

Unter diesen Umständen stieg die Sterblichkeit unter den Umsiedlern insbesondere unter den Kindern, Kranken und Alten an. Vor allem erkrankten viele Kinder an Masern: Dies führte dazu, daß in der neueren Forschung der Verdacht der Euthanasie durch Aussagen von Umsiedlerfrauen aufgearbeitet wurde; Frau Ute Schmidt (S. 40) bringt hier einige Beispiele.

Ursprünglich wurde den Bessarabiendeutschen für das im verlassenen Landvermögen (310.000 Hektar) ein Äquivalent von 304.000 ha – 58% im Wartheland und 42% in Westpreußen – zugesagt. Bereits Frühjahr 1941 wurde den SS-Stäben klar, daß keine gleichwertigen oder ähnliche »Hofflächen« verfügbar waren; so verfügte man für die 7 000 an den Warthegau zugewiesenen Familien für gerade einmal über 1.000 Hofstellen. Zudem beanspruchte auch die Wehrmacht weitere Flächen.

Aus dem Versprechen, die Umsiedler würden als geschlossene Volksgruppe angesiedelt und für den verlassenen Besitz entschädigt, wurde somit nichts. Hier spielte der fortlaufende Krieg sicherlich auch eine wesentliche Rolle. Hinzu kam, daß die vorgesehenen Hofgrößen von 60 bis 75 ha in der polnischen Agrarstruktur fast völlig fehlten, ebenso gab es kaum mittlere Höfe von 15 bis 40 ha.

Die schon bei der Ansiedlung der Galizien- und Wolhyniendeutschen angewandte Methode der Zusammenlegung mehrerer Höfe wurde auch hier, mit der Folge, daß fünf oder sechs polnische Höfe evakuiert werden mußten, angewandt: Der Leiter der Umwandererzentralstelle (UWZ) teilte im Januar 1941 dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) mit,

„daß in diesem Jahr für die Ansiedlung der 42 000 Bessarabiendeutschen im Rahmen des »Dritten Nahplans« 132 000 Polen »evakuiert« werden müssten. Zwei Monate später »fehlten« dann auch Höfe von 10 bis 20 ha“ (Schmidt, S. 40) .

Das ganze Ansiedlungsprogramm wurde zu einem Flickenteppich, denn die bereits zusammengelegten Höfe wurden nicht wieder getrennt und infolge des Krieges fanden keine weiteren Eigentumswechsel mehr statt: „Die Umsiedler waren vorläufig nur als »Treuhänder« eingesetzt“ (Schmidt, S. 40). Schwierig gestaltete sich auch die Landvergabe in der Praxis, denn Gutsflächen und die besten großen Hofflächen wurden für Reichsdeutsche und Frontkämpfer nach dem Krieg freigehalten, so daß für die Umsiedler aus dem Osten immer weniger Agrarflächen übrigblieben.

Zudem wurden durch die zusammengelegten Flächen *Unterkünfte* knapp; da half auch die Perspektive einer Aktion »Aufrüstung des deutschen Dorfes« nach dem Krieg nicht weiter. Es blieb nur die Aussicht im Frühjahr Notunterkünfte und Holzhäuser zu bauen übrig; dadurch wurde den Umsiedlern die vorübergehende Unterbringung in schlechten Wohnungen aufgezwungen.

Im östlichen Teil des Warthelands ging man dazu über, die Lehmbauweise einzuführen, die die ehemaligen Kolonisten aus Bessarabien kannten; ideologisch wurde dies auch noch damit unterfüttert, daß „der Umsiedler »nicht durch Geschenke des Staates«, sondern durch Selbsthilfe“ im »Neuland« sich ansiedelten (Schmidt, S. 41).

Karte: Bundesarchiv_R_49_Bild-0705,_Polen,_Herkunft_der_Umsiedler,_Karte

Fortsetzung folgt

Herbert Karl



VAdM—Reiseziel:

Reiseziel: Karlsbad

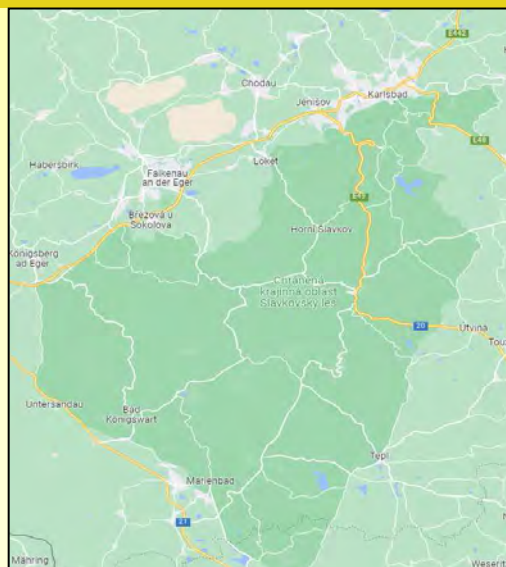
der bekannte Kurort in Böhmen ist nach Kaiser Karl IV. benannt. Karl 1316 – 1378) war der Sohn Johanns von Böhmen aus dem Haus Luxemburg.

Karlsbad liegt im Tal der Tepl (tschech. Teplá) wenig oberhalb ihrer Mündung in die Eger (374 m über dem Meeresspiegel). Seinen Ruf verdankt es den alkalisch-salinischen und radioaktiven Heilquellen von 65 °C. Diese sind zum Trinken und Baden in Verbindung mit Diät- und Bewegungskuren besonders bei Magen-, Darm-, Gallen-, Nieren, Lebererkrankungen, Zuckerkrankheit, Gicht und Fettsucht verwendet werden.

Politische Bedeutung erhielt der Kurort im August 1819 durch die *Karlsruher Beschlüsse*: Nach dem Mord an August von Kotzebue, einem seinerzeit bekannten Librettist und Bühnenautor, der von dem Burschenschaftler Karl Ludwig Sand in Mannheim ermordet. Metternich, dem zu diesem Zeitpunkt leitenden Minister Habsburg, erwirkte im Sommer die Beschlüsse, die bereits im September vom Bundestag in Frankfurt Gesetzeskraft erhielten: Gegen die liberalen und nationalen Bestrebungen wurde eine strenge Zensur verordnet.

Der Kaiserwald (tschech. Slakovský les), ein Mittelgebirge und Teil des Karlsbader Gebirges lädt zum Wandern und „Luftschnappen“ ein.

Karlsbad kam kürzlich in die Schlagzeilen, da russische Touris ausbleiben . . . Tagesschau vom 22. Mai 2022 (Bild unten): <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/karlsbad-krise-baeder-boehmen-101.html>)



Karte: Karlsbader Umgebung mit Kaiserwald;

Links unten: Tepl-Fluß durch Karlsbad (wikipedia, Abruf 20. Juni 2022)

HOH(L)SPIEGEL:

„Der herausgegebene VAdM – Kurier wird mit jeder Ausgabe noch interessanter.“

I.M. aus Hessen
HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen – wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I

BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

www.vadm-afd.de

E-Mail:

kontakt@vadm-afd.de